

ANFRAGE von Monika Keller (FDP, Greifensee) und Reto Agosti (FDP, Küsnacht)

Betreffend Krankheitsbedingte Ausfälle bei der kantonalen Verwaltung

Das Budget des Kantons zeigt insbesondere im Bereich Personal stark steigende Ausgaben. Ein potenziell teurer Faktor können dabei krankheitsbedingte Langzeitabsenzen (z.B. aufgrund psychischer Erkrankungen) darstellen, insbesondere, da der Kanton keine Taggeldversicherung hat und daher sämtliche Kosten selbst tragen muss. Bei solchen langen Krankheitsabsenzen fällt dann einerseits die Arbeitsleistung aus, welche allenfalls mit teurem temporärem Personal ersetzt werden muss, andererseits belasten sie auch die Kolleginnen und Kollegen, was zu weiteren Ausfällen führen kann. Ein Spezialfall stellt auch Krankheit infolge eines Arbeitsplatzkonfliktes dar, sei es, weil die Belastung aufgrund fehlender Lösung zu hoch wird, sei es, weil sich jemand durch die Krankschreibung einem klärenden Gespräch (mit allenfalls Zielaufgaben) entziehen kann. Kommt hinzu, dass es einige Ärzte gibt, die sehr grosszügig Personen krankschreiben, und es daher oftmals relativ einfach ist, eine Krankschreibung zu erlangen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie entwickelte sich die Anzahl (absolut und prozentual) krankheitsbedingter Langzeitabsenzen beim kantonalen Personal in den letzten 10 Jahren? Wie viele davon sind arbeitsplatzbezogen? Wie viele aufgrund psychischer Erkrankungen?
2. Wie steht der Anteil der krankheitsbedingten Langzeitabsenzen beim kantonalen Personal im Vergleich mit anderen Arbeitgebenden in vergleichbaren Branchen? (Benchmark)
3. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um krankheitsbedingten Ausfällen beim kantonalen Personal vorzubeugen bzw. um Personen zu unterstützen, wieder in den Arbeitsprozess zurückzukehren?
4. Werden längere Krankschreibungen systematisch durch vom Kanton bestimmte Vertrauensärzte bzw. -ärztinnen kontrolliert? Wenn nicht, mit welchen Massnahmen entgegnet der Regierungsrat allfälligen zu grosszügigen «arbeitsplatzbezogenen Krankschreibungen»?
5. Welche Massnahmen werden ergriffen, um Arbeitsplatzkonflikten vorzubeugen bzw. diese zu lösen?
6. Wie viele Personen sind aufgrund drohender personalrechtlicher Massnahmen krankgeschrieben und mit welchen Massnahmen versucht der Regierungsrat, ungerechtfertigte Krankschreibungen zu verhindern?

Monika Keller
Reto Agosti